

Der Zeuge wurde hierauf wie folgt vernommen:

a) **Zur Person:**

Ich heiße R. W., bin 37 Jahre alt, verh., von Beruf Schuhmacher und wohne in B.

b) **Zur Sache:**

Ich war in der Ostzone bei der Volkspolizei und bin daher über die dortigen Verhältnisse genauestens unterrichtet. Kinder, die keinen Vater haben oder über die ein Vormund verfügt, können staatlicherseits den Pflegeeltern, Stiefmttern oder sonstigen Erziehern zu jeder Zeit weggenommen werden, wenn die Vermutung besteht, daß diese Kinder nicht im Sinne der in der SBZ üblichen Auffassung von „Demokratie“ erzogen werden, d. h., wenn die kommunistenfreundliche Lebensanschauung der Erzieher respektive Pflegeberechtigten zweifelhaft ist.

B., den 25. März 1955

v. g. u.
gez. R. W.

Kreisbeauftragter für das Flchtlingwesen
gez. Unterschrift

DOKUMENT 263

Vernehmungsniederschrift

Auf Ansuchen des Landratsamtes B. vom 23. März 1955

.....
erscheint Frau H. S., geb. F.,

ausgewiesen durch Notaufnahmescheid.

Die Zeugin wurde mit dem Gegenstand der Vernehmung vertraut gemacht, zur Wahrheit ermahnt, auf die Strafbestimmungen des § 98 BVFG sowie auf das Recht der Zeugnisverweigerung hingewiesen.

Die Zeugin wurde hierauf wie folgt vernommen:

a) **Zur Person:**

Ich heiße H. S. geb. F., bin 26 Jahre alt, geschieden. Von Beruf Prüferin bei Telefunken und wohne in B.

b) **Zur Sache:**

..... Ich war in Berlin Angehörige der Volkspolizei und kann bestätigen, daß auf unserer Inspektion (Berlin-Friedrichshain) wiederholt Kinder den Eltern beziehungsweise Pflegeeltern usw., die als Antikommunisten bzw. als politisch nicht zuverlässig angesehen waren, oder die durch mibilligende Äußerungen über die DDR bekannt wurden, den Erziehungsberechtigten weggenommen und in Heime überführt wurden.

B., d. 25. März 1955

v. g. u.
gez. H. S.

Kreisbeauftragter für das Flchtlingwesen
gez. Unterschrift

DOKUMENT 264

Vernehmungsniederschrift

Auf Ansuchen des Landratsamtes B. vom 23. März 1955

.....
erscheint: Herr und Frau P., J. und H. geb. U., ausgewiesen durch Personalausweis.

Die Zeugen wurden mit dem Gegenstand der Vernehmung vertraut gemacht, zur Wahrheit ermahnt, auf die Strafbestimmungen des § 98 BVFG sowie das Recht der Zeugnisverweigerung hingewiesen.

.....
b) **Zur Sache:**

Wir erklären hiermit, daß die Angaben der Frau A. bezgl. Verbringens von Kindern in Heime usw. auf Wahrheit beruhen. Hierzu einen Fall, den wir selbst erlebt haben:

Wir wohnten in Stralsund und waren bei den Behörden dafür bekannt, daß wir nicht im Sinne der „DDR“ politisch uns betätigten und auch nicht unsere Kinder dazu anhielten. In einer politischen Versammlung, welche meine Frau im Jahre 1950 besuchte, äußerte sich der Referent den anwesenden Eltern gegenüber, daß der, welcher die Jugend nicht im Sinne der „DDR“ erzieht, den Staat gefährdet und in einem solchen Falle die Eltern kein Recht hätten, ihre Kinder weiterhin zu behalten. Die Kinder werden den Erziehern fortgenommen und in Heime gebracht, wo sie es sehr gut haben und im Sinne der „DDR“ erzogen werden. Weiter sagte der Referent, daß die Jugend dem Staate gehöre und somit der Zukunft. Auf diese Äußerung hin meldete sich meine Frau zu Wort und protestierte mit den Worten „die Kinder gehören uns Eltern und nicht dem Staat, verstehen Sie?“, worauf der Referent meiner Frau erwiderte: „So, so, Frau P., das weitere wird sich finden!“

Darauf, etwa 14 Tage später, holten zwei Vopo-Beamte meine vier Kinder zur Unterbringung in ein Heim ab. Ich stürzte mich auf einen Volkspolizisten und verprgelte ihn. Daraufhin wollte man mich am darauffolgenden Tage in die Irrenanstalt schaffen und mich für nicht normal erklären. Mein 18jhriger Sohn, der sich auch in das Handgemenge mischte, wurde am selben Tage von der Volkspolizei mitgenommen und erhielt ein Jahr Gefängnis. Meine vier Kinder blieben ein Jahr in einem Heim. Nach Auflösung des Heimes . . . wurden uns Eltern, die wir in der Nähe wohnten, die Kinder vorläufig, und dies wurde ausdrücklich betont, übergeben. In dieser Zeit bin ich, um all den Schikanen der „DDR“ aus dem Wege zu gehen, mit meiner Familie nach dem Westen gefchtet. Ich und meine Ehefrau bestätigen durch unsere Unterschrift, die volle Wahrheit gesagt zu haben und können diese Angaben jederzeit an Eides Statt erklären.

B., d. 25. März 1955

v. g. u.
gez. Unterschrift

Kreisbeauftragter für das Flchtlingwesen
gez. Unterschriften

*

Einem solchen Verhalten der sowjetzonalen Behörden stehen die Eltern machtlos gegenüber. Eine gerichtliche Nachprüfung der Sorgerechtsentscheidung ist nach Auflösung der Vormundschaftsgerichte und wegen Fehlens einer Verwaltungsgerichtsbarkeit in der Sowjetzone grundsätzlich nicht möglich. Die Eltern können gegen diese Entscheidung lediglich Beschwerde bei der nächsthöheren Verwaltungsbehörde, nämlich dem Referat Jugendhilfe und Heimerziehung bei der Abteilung Volksbildung des Rates des Bezirkes, erheben. Es ist jedoch bisher kein Fall bekanntgeworden, in dem eine aus politischen Gründen erfolgte Entziehung des Sorgerechts durch die übergeordnete Verwaltungsbehörde nachträglich abgeändert worden wäre.

*